

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bildungsintegration Geflüchteter voranbringen – OSZ als Lernorte stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Oberstufenzentren (OSZ) sind der Schlüssel zur Bildungsintegration von jugendlichen Geflüchteten. Zum Schuljahresbeginn 2018/19 besuchten insgesamt 6.148 Schülerinnen und Schüler Willkommensklassen, 1.008 davon in OSZ. Jugendliche Geflüchtete ab 16 Jahren werden in den allermeisten Fällen direkt in Willkommensklassen an OSZ geschickt.

Diesen jungen Menschen soll ein guter Start in Ausbildung und Beruf ermöglicht werden. Mit der Verankerung der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung IBA als Regelbildungsgang und der Ausweitung auf alle beruflichen Schulen hat der Senat einen wichtigen Schritt getan. Diesen Ansatz gilt es qualitativ weiterzuentwickeln, damit er für mehr geflüchtete und andere Jugendliche mit Sprachförderungsbedarf nachholende Abschlüsse bzw. den Einstieg in Ausbildung ermöglicht. Sprachförderung endet nicht beim Deutschkurs für Geflüchtete in Willkommensklassen – und soll bei Bedarf auch Jugendlichen ohne Fluchthintergrund zugutekommen.

Der Senat wird aufgefordert, folgende weiterführende Maßnahmen umzusetzen:

- die Verhandlungen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF wieder aufzunehmen, um möglichst flächendeckend an den OSZ berufs- und ausbildungsbegleitende Deutschkurse, insbesondere die berufssprachlichen Kurse anzubieten und dort, wo sich das nicht mit dem BAMF umsetzen lässt, landesfinanzierte Sprachkurse zu etablieren. Wo nötig, sollen auch Alphabetisierungskurse an OSZ angeboten werden, insbesondere für ältere Jugendliche mit wenig Schul-Vorerfahrung. Diese Sprachkurse sollen nicht nur für Azubis, sondern bei Bedarf auch für Teilnehmer*innen an IBA-Lehrgängen zugänglich und außerdem nicht nur für Jugendliche aus den fünf Ländern mit der besten Bleibeperspektive geöffnet sein.

- die Umsetzung des Konzeptes zur bedarfsgerechten, ergänzenden Sprachförderung an beruflichen Schulen für Jugendliche mit und ohne Fluchthintergrund weiter voranzutreiben, u. a. durch Verankerung in den schulinternen Curricula und Fortbildung des pädagogischen Personals.
- zu prüfen, ob das Konzept der Bildungsbegleiter*innen bei IBA auch für andere Bildungsgänge an den OSZ übernommen werden kann, um Lehrkräfte zu entlasten und gerade an den Übergängen Jugendliche nicht allein zu lassen. Die professionelle Bildungsbegleitung ist neben dem hohen Praxisanteil ein wesentlicher Erfolgsfaktor des Bildungsgangs IBA.
- Ermessensduldungen bereits für die Teilnahme an IBA-Bildungsgängen zu erteilen, wenn sich eine entsprechende Abschluss- und Vermittlungsquote nachweisen lässt – analog zu den allgemeinbildenden Schulen, für die es eine entsprechende Regelung bereits für das letzte Schuljahr vor Erwerb von BBR bzw. MSA gibt.
- die Altersgrenze der Beschulung in Willkommensklassen und in der Berufsvorbereitung von 21 auf 27 Jahre heraufsetzen, um so insbesondere den Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Einstieg ins Berufssystem zu ermöglichen, die zu wenig Schulvorerfahrung mitbringen, um hier in der Regelschulzeit einen Abschluss zu erwerben. Insbesondere für diese Zielgruppe braucht es zudem ein System der Kompetenzfeststellung, kombiniert mit modularisierten Weiterbildungsangeboten, um ihnen den Einstieg in Ausbildungen zu ermöglichen. Bezüglich der Bildungsangebote im Übergang braucht es eine sehr gute Koordination zwischen den Senatsverwaltungen für Bildung sowie für Integration, Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit, damit jedem jungen Menschen wirklich ein passgenauer Bildungsgang angeboten wird. Für den Beginn einer dualen Ausbildung soll gar keine formale Altersgrenze vorgesehen werden.
- die Bildungsberatung für Geflüchtete zu intensivieren, über das Bildungsangebot in Berlin zu informieren und dabei insbesondere für die duale Ausbildung zu werben.
- Modelle der Kombination aus (staatlich geförderter) Erwerbsarbeit, Deutschförderung und Erwerb eines formalen (Aus-)Bildungsabschlusses zu erproben, um der besonderen Bedarfslage der geflüchteten Jugendlichen gerecht zu werden.
- in der Clearingstelle der Senatsbildungsverwaltung die Anamnese- sowie Beratungskompetenzen zu stärken, um allen Jugendlichen unabhängig vom Aufenthaltsstatus einen für sie passenden Schulplatz anbieten zu können.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

Die beruflichen Schulen sollen als Lernorte gestärkt werden, um ihren Aufgaben – insbesondere der Bildungsintegration von Geflüchteten – noch besser nachkommen zu können. Eine wichtige Rolle spielt hier eine Verstärkung und Verstetigung der Sprach- und Deutschförderung. Der Spracherwerb ist noch lange nach dem Besuch von Willkommensklassen nicht abgeschlossen, sondern muss begleitend und zusätzlich zu den sonstigen Bildungsgängen an den OSZ weitergeführt werden. Auch gilt es, die ganze Palette der Angebote von den Alphabetisierungskursen bis hin zu C1 und ggf. C2 vorzuhalten sowie realistische Zeiten für das Erreichen des jeweiligen Sprachstands einzuplanen.

Dazu sollen die BAMF-Kurse herangezogen und an den Lernort OSZ geholt werden, um so berufs- und ausbildungsbegleitende Sprachförderung zu verstärken. Das Land Berlin muss darüber hinaus eigene Angebote vorhalten, um den Bedarf insgesamt abzudecken. Dabei soll auch geprüft werden, ob in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit/Regionaldirektion und den Kammern und Innungen auch berufsbegleitende Sprachkurse in den Betrieben oder den betrieblichen Ausbildungsstätten angeboten werden können.

Jugendliche dürfen gerade am neuralgischen Übergang Schule – Beruf nicht allein gelassen werden. Bildungsbegleiter*innen haben sich in diesem Kontext bewährt, brauchen aber auch Kenntnisse des Berliner Schulwesens mit seinen Oberstufenzentren und der Vielzahl an passgenauen Bildungsangeboten in der beruflichen Bildung sowie in Grundzügen in Fragen des Aufenthaltsrechts. Der Bildungsgang IBA setzt gerade auf diese Bildungsbegleiter*innen und zudem auf viele praktische Anteile. Er hat sich als erfolgreich erwiesen, um gerade geflüchtete Jugendliche zu möglichst guten Abschlüssen zu führen. Es ist insofern ein wichtiger Schritt, dass der bisherige Schulversuch IBA mit diesem Schuljahr als Regelbildungsgang etabliert worden ist und künftig an allen beruflichen Schulen angeboten wird. Um die Chancen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen weiter zu verbessern, wird die Altersgrenze für den Zugang angehoben und zusätzlich mehr begleitende Deutschförderung angeboten.

Viele Jugendliche kommen aus Ländern und Kulturen, in denen ein duales Ausbildungssystem nicht existiert. Zudem stehen sie oftmals unter dem Druck, schnell Geld verdienen zu wollen bzw. zu müssen. Gerade deshalb gilt es zum einen, ein gutes Bildungsberatungssystem aufzusetzen, das die Bedeutung und Chancen einer dualen Ausbildung in Deutschland betont. Gleichzeitig sollen Programme erprobt und ggf. verstetigt werden, die Erwerbsarbeit, Deutschförderung und Abschlussorientierung verbinden, wie es etwa bei dem Programm 501/901 der Fall war.

Berlin, den 22. Oktober 2019

Saleh Böcker-Giannini Buchner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Brychcy
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Jarasch Remlinger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen